

03/2009

2015
aktuell

31. März 2009

1. „Wir zahlen nicht für Eure Krise“ – Proteste und Konzepte zur Finanzkrise
2. ODA-Leistungen weltweit gestiegen
3. Bundespräsident für kooperative Weltpolitik
4. Internationaler Frauentag 2009
5. Weltbevölkerung steigt bis 2050 auf 9,1 Milliarden an
6. Weltwassertag 2009
7. Kritik an EU-Exportsubventionen

*Kurz notiert
Termine*

1. „Wir zahlen nicht für Eure Krise“ – Proteste und Konzepte zur Finanzkrise

Wenige Tage vor dem G20-Gipfel in London haben in Berlin, Frankfurt am Main und London zehntausende Menschen gegen die Verursacher der Finanzkrise und das unzureichende politische Krisenmanagement protestiert. Unter dem Motto „Wir zahlen nicht für Eure Krise“ gingen in Deutschland 55.000 Menschen auf die Straße, in London demonstrierten 35.000 Menschen. Aufgerufen hatte ein breites Bündnis von Globalisierungskritikern, umwelt- und entwicklungspolitischen Organisationen, Gewerkschaften und Parteien. Bei den Kundgebungen wurde gefordert, dass die Verursacher der Krise für die Kosten zu deren Bewältigung aufkommen müssen. Einig war man sich in der Forderung nach einer strengeren Regulierung der weltweiten Finanzmärkte, der Schließung aller Steueroasen und des Verbotes von Hedgefonds und anderer spekulativer Finanzinstrumente. Die Krise dürfe nicht zulasten der Menschen des globalen Südens gehen, die schon jetzt unter deren Folgen leiden. Anlässlich des G20-Gipfels am 2. April kündigten die Veranstalter

weitere Proteste an.
(www.28maerz.de)

Zuvor hatte die UN-Expertenkommission zur Reform des internationalen Geld- und Finanzsystems am 19. März ihren ersten Bericht vorgelegt. Der Kommission unter Leitung von Nobelpreisträger Joseph Stiglitz gehören acht namhafte Entwicklungs- und Finanzexpertinnen und -experten, darunter Bundesentwicklungsministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul, an. Ihre Aufgabe ist es, im Vorfeld der UN-Konferenz zur Wirtschafts- und Finanzkrise und ihre Auswirkungen auf Entwicklung, die im Juni 2009 stattfinden wird, Vorschläge zur Reform des internationalen Finanzsystems zu entwickeln. Zu den Vorschlägen der UN-Kommission gehört, dass alle Industrieländer ein Prozent ihrer jeweiligen Konjunkturprogramme für die Unterstützung von Entwicklungsländern zur Verfügung stellen sollten. Diese Finanzierung muss zusätzlich zur Entwicklungshilfe geleistet werden und soll es den Entwicklungsländern ermöglichen, eigene Konjunkturprogramme durchzuführen. Zu den Kernvorschlägen des Berichts gehört weiterhin die Einrichtung von drei neuen internationalen Institutionen: einer neuen globalen Kreditfazilität, unabhängig vom Internationalen Währungsfonds (IWF), einem Weltwirtschaftsrat unter dem Dach der Vereinten Nationen und einem neuen globalen Währungsreservesystem.
(www.un.org/ga/president/63/letters/recommendationExperts200309.pdf)

Die G20-Finanzminister haben sich bei ihrem Treffen am 13. und 14. März zur Vorbereitung auf den G20-Gipfel darauf verständigt, den IWF durch eine deutliche Aufstockung seiner Mittel zu stärken. Außerdem sollen alle wichtigen finanziellen Institutionen, Märkte und Instrumente einer angemessenen Regulierung unterliegen, erklärten die Finanzminister, ohne dies zu konkretisieren. Des weiteren soll das Kreditgeschäft der Banken angekurbelt und jede Form des Marktprotektionismus verhindert werden. Das Kommuniqué enthält auch die Forderung nach stärkeren Mitspracherechten von Schwellen- und Entwicklungsländern in den Internationalen Finanzinstitutionen, geht bei der Quotenregelung im IWF jedoch nicht über die 2008 beschlossene Reform hinaus. In einer separaten Erklärung forderten China, Russland, Brasilien und Indien einen größeren Einfluss in internationalen Finanzinstitutionen.
(www.londonsummit.gov.uk/resources/en/PDF/finance-communique-140309;
<http://uk.reuters.com/article/marketsNewsUS/idUKLE47000820090314>)

Die Weltbank kommt in einer aktuellen Studie, die anlässlich des Finanzministertreffens vorgestellt wurde, zu dem Ergebnis, dass den Entwicklungsländern infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise in diesem Jahr bis zu 700 Milliarden US-Dollar fehlen werden. Dieses Finanzierungsdefizit ergibt sich vor allem infolge des sinkenden Welthandels, fallender Rohstoffpreise, versiegender Finanzierungsquellen und des Rückgangs von Geldüberweisungen von Migrantinnen und Migranten. Besonders betroffen wird nach Angaben der Weltbank Ostasien sein. Von den 129 Entwicklungsländern besitzen laut Weltbank nur knapp ein Viertel genügend eigene Ressourcen, um dieses Defizit aufzufangen. Weltbank-Präsident Zoellick forderte daher, dass die internationale Staatengemeinschaft das Defizit abfedern müsse, um eine dramatische Zunahme der Armut zu verhindern. Bisher stellen die Geberländer 39 Milliarden Dollar weniger zur Verfügung als noch 2005 auf dem G8-Gipfel in Gleneagles zugesagt. Die Weltbank schlägt daher einen „Vulnerability Fund“ zur Bewältigung der Krisenfolgen vor, der sich aus Anteilen der

nationalen Konjunktur- und Rettungspakete der Industriestaaten speisen soll. Demnach sollen 0,7 Prozent der dabei in den Industriestaaten eingesetzten Gelder in den Fonds fließen. Dieser soll Infrastrukturprojekte, soziale Sicherungssysteme, kleine und mittelständische Unternehmen sowie Mikrofinanzprogramme in Entwicklungsländern unterstützen.

(<http://siteresources.worldbank.org/NEWS/Resources/swimmingagainstthetide-march2009.pdf>)

Unter dem Titel **Die globale Wirtschafts- und Finanzkrise: Herausforderungen für die Entwicklungspolitik** fordert der Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO) kurz vor dem G20-Gipfel in einem Positionspapier eine wirkungsvolle Vertretung der Interessen von Niedrigeinkommensländern im G20-Prozess. Um mehr Transparenz und Rechenschaftspflicht auf den Finanzmärkten zu erreichen, ist ein weltweit koordinierter, lückenloser und transparenter Aufsichtsrahmen erforderlich. Die Bundesregierung soll sich für eine grundlegende Reform von IWF und Weltbank einsetzen, die sowohl von einem Politikwechsel, als auch von einer Demokratisierung der Entscheidungsstrukturen geprägt sein muss. Finanziell muss sichergestellt werden, dass die Wirtschafts- und Finanzkrise nicht zulasten der Entwicklungszusammenarbeit geht. Deshalb müssen die festgelegten Zielmarken für die Entwicklungsfinanzierung eingehalten und zusätzliche Gelder für die Anpassung an den Klimawandel bereitgestellt werden. Zur Mobilisierung zusätzlicher Mittel für die Armutsbekämpfung sollte eine international koordinierte Besteuerung von Währungs- und Finanztransaktionen realisiert werden. Weiterhin fordert VENRO, dass Steueroasen und Offshore-Finanzzentren trocken gelegt und ein internationales Insolvenzverfahren für überschuldete Staaten eingerichtet werden.

(http://venro.org/fileadmin/Presse-Downloads/2009/Maerz_2009/Anhang_PM_0709/VENRO_PP_2_09b.pdf)

Ein Bündnis aus 17 zivilgesellschaftlichen Organisationen hat im Vorfeld des G20-Gipfels in einem Aufruf eine konsequente Austrocknung von Steueroasen gefordert. Die Finanzkrise habe in dramatischer Zuspitzung deutlich gemacht, in welchem Ausmaß Gesellschaften weltweit ökonomisch und sozial von der Intransparenz und Regellosigkeit der globalen Finanzmärkte bedroht sind. Steueroasen helfen bei der Steuer- und Kapitalflucht aus Industrie- und Entwicklungsländern mit katastrophalen Folgen für öffentliche Haushalte und Armutsbekämpfung. Die Organisationen fordern daher einen automatischen Informationsaustausch zwischen nationalen Steuerbehörden, die Unterstützung der Entwicklungsländer im Kampf gegen Steuerhinterziehung und Korruption, internationale Kooperation auf Ebene der UN, aufgeschlüsselte Rechnungslegungsstandards für Unternehmen sowie Auflagen für Banken und Unternehmen.

(www.taxjustice.net/cms/upload/pdf/Aufruf_090320_Steueroasen-unterzeichnet.pdf)

2. ODA-Leistungen weltweit gestiegen

Aus den jüngsten Berechnungen der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) geht hervor, dass die weltweiten Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit (ODA) im Jahr 2008 um zehn Prozent gestiegen sind und nun 119,8 Milliarden US-Dollar betragen. Deutschland nimmt mit ODA-Leistungen in Höhe von 13,9 Milliarden US-Dollar in absoluten Zahlen die zweite Stelle unter den Geberländern ein. Mit nur 0,38 Prozent seines

Bruttonationaleinkommens (BNE), das die Bundesregierung für Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung stellt, liegt Deutschland anteilig jedoch nach wie vor im unteren Mittelfeld der Geber. Der europäische Stufenplan sieht eine Erhöhung der ODA-Quote auf 0,51 Prozent des BNE bis zum Jahr 2010 vor. Angesichts mehrerer Geberländer, die weit hinter dieses Ziel zurück fallen, warnt die OECD, dass nur verstärkte Anstrengungen der Geberländer die Zielerreichung sicherstellen können. Eine besondere Bedeutung erhalten die Ziele dadurch, dass die gegenwärtige Wirtschaftskrise die Wachstumschancen und damit auch die Aussichten der Entwicklungsländer zur Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele (MDG) stark gefährdet.

(www.oecd.org/document/35/0,3343,en_2649_34487_42458595_1_1_1_1,00.html)

Bundesentwicklungsministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul wertete die Zahlen als einen Beleg für den kontinuierlichen Ausbau des deutschen Engagements für die weltweite Armutsbekämpfung. Deutschland stehe zu seiner Zusage, die ODA-Quote bis 2010 auf 0,51 Prozent und bis 2015 auf 0,7 Prozent des BNE zu steigern. Der Anstieg sei ermutigend, angesichts der dramatischen Folgen der Finanz-, Wirtschafts- und Nahrungsmittelkrise aber auch dringend notwendig. Nur wenn die internationale Gemeinschaft ihr Engagement deutlich steigert, können die MDG bis zum Jahr 2015 erreicht werden.

(www.bmz.de/de/presse/pm/2009/maerz/pm_20090330_29.html)

Oxfam begrüßte die Steigerung der deutschen ODA-Ausgaben, erklärte sie aber für unzureichend. Um die Zusagen einzuhalten, müssten die deutschen Ausgaben um 27 Prozent erhöht werden. Diese Erhöhung sei gerade angesichts der Weltwirtschaftskrise, durch die Entwicklungsländer unverschuldet in eine Notsituation geraten seien, dringend erforderlich. Der durchschnittliche Anteil der Entwicklungshilfegelder am BNE der Geber liegt Oxfam zufolge bei 0,3 Prozent und steht damit in krassem Gegensatz zu den 8.400 Milliarden US-Dollar, die zur Rettung der Banken bereitgestellt wurden. Um unseren Wohlstand zu sichern, werde kein Aufwand gescheut, um den Ärmsten ein Überleben zu sichern, geben wir nur Krümel, so Reinhard Hermlé von Oxfam. Oxfam forderte daher, dass sich die Bundesregierung beim G20-Gipfel in London für ein Konjunkturprogramm für Entwicklungsländer einsetzt, um die gewaltigen finanziellen, wirtschaftlichen und sozialen Krisen abzufedern.

(www.oxfam.de/a_611_presse.asp?id=383)

3. Bundespräsident für kooperative Weltpolitik

Bundespräsident Horst Köhler hat in seiner Rede in der Berliner Elisabethkirche am 24. März deutliche Worte für eine neue Ära der kooperativen Weltpolitik gefunden, in der entwicklungspolitische Herausforderungen einen großen Stellenwert einnehmen. Die Menschheit kann durch „globale Solidarität“ und Zusammenarbeit nur gewinnen und sollte den Kampf gegen Armut als eine strategische Aufgabe sehen, so Köhler. Er zielt dabei nicht nur auf mehr Hilfe, sondern auch auf eine Veränderung des Lebensstils der Menschen in Deutschland und den reichen Industrienationen ab. Es gehe um ein „Wohlstandsmodell, das Gerechtigkeit überall möglich macht“. Dafür müssen die Bretton-Woods-Institutionen IWF und Weltbank unter dem Dach der Vereinten Nationen reformiert werden. Es brauche, so Köhler, einen starken Staat, der dem Markt Regeln setzt und für ihre Durchsetzung sorgt. Die Sicherung der globalen öffentlichen Güter wie internationale Finanzstabilität und Begrenzung der

Erderwärmung könnten nur gemeinsam angegangen werden. Dabei muss es um eine Weltwirtschaft gehen, "in der Kapital den Menschen dient und nicht Herrscher über die Menschen werden kann." Bundespräsident Köhler plädiert unter anderem für einen schnellen Abschluss der "Doha-Runde", mit der im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO) Regeln für den Welthandel festgelegt werden sollen, die auch den armen Ländern nutzen. Er versäumte es aber, an dieser Stelle darauf einzugehen, wie „entwicklungsfreundliche Handelserleichterungen“ aussehen sollen. (www.bundespraesident.de/-,2.653300/Berliner-Rede-2009-von-Bundespr.htm)

4. Internationaler Frauentag 2009

Die Weltbank warnte anlässlich des Internationalen Frauentages am 8. März, dass die Folgen der Finanzkrise Erfolge bei der Gleichstellung der Geschlechter umkehren könnten und zusammen mit den jüngsten Preiserhöhungen bei Nahrungsmitteln zu einer höheren Kindersterblichkeit, geringeren Schulbesuchsraten von Mädchen und geringerem Einkommen von Frauen führen wird. Dabei identifiziert die Weltbank 33 Entwicklungsländer, in denen von Armut betroffene Frauen und Mädchen besonders unter den Folgen der globalen Wirtschafts- und Nahrungsmittelkrise zu leiden haben. Frauen dürften jedoch nicht nur als Opfer, sondern müssten auch als Agenten des Wandels betrachtet werden: Sofern sie als eigenständige wirtschaftliche Akteure mit den entsprechenden Investitionen ausgestattet werden, kann dies ein sinnvoller Weg sein, die weltweiten Wirtschaftssysteme wieder aufzubauen. Ngozi-Onkonjo-Iweala, geschäftsführende Direktorin der Weltbank, forderte daher die Staaten auf, bei ihren Konjunkturpaketen auf das wirtschaftliche Empowerment von Frauen abzielen. Auf diese Weise könne nachhaltigeres Wachstum sowie schnellere Armutsreduzierung und Entwicklung erreicht werden.

(<http://web.worldbank.org/WBSITE/EXTERNAL/NEWS/0,,contentMDK:22092604~menuPK:34463~pagePK:34370~piPK:34424~theSitePK:4607,00.html>)

Auch die Frauenrechtskommission der Vereinten Nationen diskutierte während ihrer 53. Sitzung vom 2. bis 13. März 2009 die Auswirkungen der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise auf Frauen. Diese seien insbesondere in „weiblichen“ Sektoren wie im Pflegebereich beziehungsweise in informellen Wirtschaftszweigen von den Auswirkungen der Finanzkrise betroffen, wohingegen Konjunkturpakete in der Regel auf traditionell „männliche“ Sektoren abzielten. Zentral sei, dass Geberländer ihre Entwicklungshilfeszahlungen aufrechterhielten und dabei die Qualität von Entwicklungszusammenarbeit unter besonderer Berücksichtigung der Gender-Perspektive verbessern. Schwerpunktthema der diesjährigen Sitzung der Frauenrechtskommission war die gemeinsame Verantwortung von Frauen und Männern in den Bereichen Pflege und HIV/Aids-Bekämpfung.

(www.un.org/womenwatch/daw/csw/53sess.htm)

Bundesministerin Wieczorek-Zeul stellte im Vorfeld des Internationalen Frauentags den entwicklungspolitischen Gender Aktionsplan des Bundesministeriums für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (BMZ) vor. Der Plan hat eine Laufzeit von 2009 bis 2012 und beschreibt konkrete Schritte zur Stärkung der Rechte und Entwicklungschancen von Frauen, die in den kommenden drei Jahren umgesetzt werden sollen. Schwerpunkte liegen dabei in den Bereichen wirtschaftliches Empowerment, Frauen in bewaffneten Konflikten, Gender und Klimawandel sowie sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte. Ziel des Aktionsplans ist es, einen Beitrag zur Umsetzung der internationalen Verpflichtungen zur Verwirklichung

von Geschlechtergerechtigkeit zu leisten und konkrete Wirkungen und Ergebnisse in diesem Bereich zu befördern. Er soll in engem Austausch mit der Zivilgesellschaft umgesetzt werden.

(www.bmz.de/de/presse/pm/2009/maerz/pm_20090305_21.html)

Das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) verwies aus Anlass des Internationalen Frauentages darauf, dass Frauen und Mädchen immer noch besonders von Gewalt betroffen sind. Mindestens eine von vier Frauen weltweit werde in ihrem Leben Opfer von Gewalt, Vergewaltigungen oder anderen Formen von Missbrauch. Dringend nötig sei daher die Bekräftigung des Aufrufs zur Beendigung jeder Form von Gewalt gegenüber Frauen und Mädchen entsprechend der UN-Resolutionen 1325 1820. Vergewaltigungen und andere Formen sexualisierter Gewalt gelten nunmehr als Kriegsverbrechen oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

(<http://content.undp.org/go/newsroom/2009/march/international-womens-day/international-womens-day-special-faces-of-strength-and-courage> ,
<http://endviolence.un.org/>)

5. Weltbevölkerung steigt bis 2050 auf 9,1 Milliarden an

9,1 Milliarden Menschen werden bis zum Jahr 2050 die Erde bevölkern. Zu diesem Ergebnis kommt die aktuelle Revision der Bevölkerungsprojektionen der UN-Bevölkerungsabteilung. Der prognostizierte Anstieg um 2,3 Milliarden Menschen finde trotz weltweit sinkender Kinderzahlen pro Frau statt und ist laut UN vor allem durch die Bevölkerungszunahme in Entwicklungsländern bedingt. In den ärmsten und am wenigsten entwickelten Ländern werde sich die Bevölkerung sogar verdoppeln; damit werde der Kampf gegen die Armut erschwert. Die Deutsche Stiftung Weltbevölkerung (DSW) fordert daher besonders in den Entwicklungsländern verstärkte Investitionen in Familienplanung. Diese spiele eine Schlüsselrolle, um das rasante Bevölkerungswachstum in den Entwicklungsländern zu verlangsamen und so die Armutsbekämpfung ein gutes Stück voranzubringen, erklärte DSW-Geschäftsführerin Renate Bähr. Der UN-Studie zufolge hat auch die Aids-Pandemie deutliche Auswirkungen auf die Bevölkerungsentwicklung in Entwicklungsländern. Im südlichen Afrika, der am stärksten von HIV/Aids betroffenen Region, ist die Lebenserwartung seit Anfang der 1990er Jahre um neun Jahre gesunken. Die Menschen in diesen Ländern werden heute durchschnittlich nur noch 52 Jahre alt. Vor allem in den Industrieländern diagnostiziert die Studie dahingegen eine Alterung der Gesellschaft. Demnach wird Mitte des Jahrhunderts voraussichtlich ein Drittel der Bevölkerung in diesen Ländern älter als 60 Jahre sein. Um dieser Alterung und den damit verbundenen Problemen für die Sozialen Sicherungssysteme zu begegnen, werden internationale Migrationsbewegungen auch in Zukunft eine große Rolle spielen. Auch in vielen Entwicklungsländern altere die Bevölkerung nach Angaben der UN, wenn auch langsamer. Diese Länder hätten jedoch weniger Möglichkeiten, die sozialen Sicherungssysteme an veränderte Altersstrukturen anzupassen.

(<http://esa.un.org/unpp/index.asp?panel=4>; www.dsw-online.de/presse/presseinformationen120.shtml?navanchor=10100)

6. Weltwassertag 2009

Im Kontext des diesjährigen Weltwassertages am 22. März stellte die UN ihren aktuellen Weltwasserbericht **Water in a Changing World** vor. Er adressiert neben der Herausforderung zur Erreichung der wasserbezogenen MDG unter anderem auch aktuelle Entwicklungen und Handlungsbedarf bezüglich Wasser und Klimawandel, Biodiversität, Migration und Agrarkraftstoffen. Nach Angaben von UNICEF haben 1,1 Milliarden Menschen keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser; 2,6 Milliarden Menschen müssen ohne Zugang zu ausreichender sanitärer Versorgung auskommen. Ziel sieben der Millenniumsentwicklungsziele, das darauf abzielt, den Anteil der Menschen ohne Zugang zu sauberem Trinkwasser und sanitärer Basisversorgung bis zum Jahr 2015 zu halbieren, ist damit noch weit von seiner Umsetzung entfernt. Das Thema des diesjährigen Weltwassertages waren grenzüberschreitende Wasserressourcen. Verdeutlicht werden sollte damit die Notwendigkeit eines globalen, integrierten Wassermanagements und der verbesserten Kooperation in Wasserfragen.

(www.worldwaterday.org; www.unesco.de/wwdr.html?&L=0,
www.unicef.org/media/media_48840.html)

Im Vorfeld des Weltwassertages fand vom 16. bis 22. März unter dem Motto **Bridging Divides for Water** in Istanbul das fünfte Weltwasserforum statt. Das Forum wird auf Initiative der weltweiten Wasserwirtschaft alle drei Jahre unter Beteiligung von Akteuren aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft durchgeführt. In Istanbul war es begleitet von zahlreichen Protesten, die sich besonders gegen die aktuellen Bestrebungen der türkischen Regierung richteten, die Flüsse und Seen des Landes zu privatisieren und umstrittene Großstaudammprojekte voran zubringen. Aber auch gegen die weltweiten Privatisierungstendenzen von Wasser und Trinkwasserversorgung machten sich die Aktivisten und Aktivistinnen stark. Auf parallel zum Weltwasserforum stattfindenden zivilgesellschaftlichen Wasserforen diskutierten mehrere hundert Vertreterinnen und Vertreter der internationalen Zivilgesellschaft nachhaltige Alternativen zur Lösung der Wasserprobleme. Die offizielle Abschlusserklärung des Alternativen Wasserforums, die auch von zahlreichen Staaten unterschrieben wurde, unterstreicht die Bedeutung von Wasser als elementares Menschenrecht. Sie fordert die Etablierung eines durch die UN legitimierten, partizipativen und an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichteten Weltwasserforums im Gegensatz zu dem bestehenden Forum. Diese Forderungen wurden auch vom Präsidenten der UN Generalversammlung, Miguel d'Escoto, unterstrichen.

(www.worldwaterforum5.org/; www.peopleswaterforum.org/;
<http://alternatifsuforumu.org/en/>;
www.un.org/ga/president/63/statements/water190309.shtml)

7. Kritik an EU-Exportsubventionen

Die EU-Agrarminister haben es bei ihrem Treffen am 23. und 24. März abgelehnt, keine subventionierten Milchexporte aus der Europäischen Union in Entwicklungsländer zu liefern. Stattdessen solle „darauf geachtet“ werden, dass keine negativen Effekte für Entwicklungsländer entstünden. Der Export von Milchprodukten wird durch die Europäische Kommission seit Januar 2009 subventioniert, nachdem die Subventionen zuvor eineinhalb Jahre ausgesetzt worden waren. Mit Hilfe der Subventionen bringen exportorientierte Molkereien und

Lebensmittelkonzerne aus Europa ihre Produkte zu Dumpingpreisen auf den Weltmarkt - die Preise liegen erheblich unter den Produktionskosten in Europa und den Zielländern. Milchproduzenten in Entwicklungsländern sind dabei nicht konkurrenzfähig.

(www.eu2009.cz/en/news-and-documents/press-releases/over-1-billion-euros-to-agriculture-in-crisis--flexibility-to-ensure-meaningful-use-13337/)

Ein breites Bündnis aus Nichtregierungsorganisationen (NRO) hatte Bundesentwicklungsministerin Wieczorek-Zeul zuvor 18.000 Unterschriften gegen die Milchexportsubventionen übergeben. In dem Appell, der an Wieczorek-Zeul und Bundeslandwirtschaftsministerin Aigner gerichtet war, verweisen die NRO darauf, dass die Exportpolitik der EU die Lebensgrundlagen von hunderttausenden Kleinbauern in Entwicklungsländern bedroht, die mit Dumpingpreisen nicht mithalten können. Sie forderten die Politikerinnen daher auf, in der Europäischen Union für einen sofortigen Stopp der Exportsubventionen einzutreten und dafür zu sorgen, dass die Milchproduktion am Bedarf ausgerichtet wird, so dass keine Überschüsse zu Dumpingpreisen exportiert werden. (www.campact.de/export/home)

Kurz notiert:

Im Kontext des Internationalen Frauentages stellte die OECD einen neuen Index zur Diskriminierung von Frauen in 102 Ländern vor. Der **Social Institutions and Gender Index** (SIGI) misst die Geschlechtergleichstellung anhand von sozialen Institutionen und Normen wie Eigentumsrechte für Frauen, weiblicher Anteil am Arbeitsmarkt und versucht auch versteckte Formen der Geschlechterdiskriminierung zu quantifizieren. Der Index belegt eine anhaltende Unterdrückung und Diskriminierung von Frauen besonders in Afrika südlich der Sahara und im Nahen Osten.

(<http://genderindex.org/>)

Die **Weltbank** hat eine eigene Website zur Finanzkrise erstellt. Auf dieser Seite finden sich Hintergrundinformationen, aktuelle Pressemitteilungen und Berichte sowie Blogs zu speziellen Themen und Regionen. Auch die kommenden wichtigen Gipfel zur Lösung der Krise wie der G20-Gipfel in London werden begleitet und dokumentiert und den Nutzern und Nutzerinnen tagesaktuell zur Verfügung gestellt. (www.worldbank.org/html/extdr/financialcrisis)

Die neue Online-Kampagne **Gender Equality to End Poverty** der Feminist Task Force des Global Call to Action against Poverty (GCAP) macht auf die Zusammenhänge zwischen Geschlechtergerechtigkeit und Armutsbekämpfung aufmerksam. Im Rahmen der Kampagne „20 Days to G20“ wird nicht nur durch täglich aktuelle Beiträge auf die voranschreitende Feminisierung von Armut durch die Finanzkrise aufmerksam gemacht, sondern auch im Hinblick auf den kommenden G20-Gipfel eine verstärkte Repräsentation von Frauen und der Genderperspektive in den internationalen Finanzinstitutionen gefordert. (www.icae2.org/?q=en/node/552)

Eine neue UN-Website zum Klimawandel ist online geschaltet. **CoolPlanet2009** soll die europäischen Regierungen und die Zivilgesellschaft über die Bedeutung der kommenden UN-Klimakonferenz im Dezember in Kopenhagen informieren. Zusätzlich zu den Informationen über den Klimawandel und stattfindende Veranstaltungen bietet das Portal den Nutzerinnen und Nutzern die Möglichkeit

eigene Veranstaltungen, Ideen und Anregungen zu dem Thema auf der Webseite veröffentlichen. (www.coolplanet2009.org/)

Der aus Anlass des G20-Gipfels gestartete Blog Steuergerechtigkeit informiert über neue Entwicklungen bei der Bekämpfung der Steuerflucht und der internationalen Steuerkooperation. Gleichzeitig präsentiert er Handlungsvorschläge. Mit dem Blog will das Netzwerk Steuergerechtigkeit dazu beitragen, den Druck auf die Regierungen zu erhöhen, damit diese ihren politischen Absichtserklärungen effektive Taten zur Austrocknung der Steueroasen, zur Bekämpfung der Steuerflucht und für gerechtere Steuersysteme folgen lassen.
(<http://steuergerechtigkeit.blogspot.com/>)

Termine

31. März bis 2. April 2009, Bonn, UNESCO

UNESCO-Weltkonferenz Bildung für nachhaltige Entwicklung
Konferenz

Informationen unter:

www.esd-world-conference-2009.org/de/home.html

03. bis 05. April 2009, Göttingen, FIAN

Frauen tragen das Wasser – Männer die Entscheidungen
Wochenendseminar

Informationen unter:

www.fian.de/fian/index.php?option=content&task=view&id=618&Itemid=450

04. April 2009, Köln, Germanwatch

Afrika im Klimawandel – Perspektiven aus Afrika und NRW
Fachtagung

Informationen unter:

www.eine-welt-netz-nrw.de/seiten/148/?i_di=2299

22. April 2009, Bonn, FIAN, Germanwatch, Brot für die Welt

Zwischen Exportsubventionen und Marktöffnung – Afrikanische Milchbauern in der
Zwickmühle

Diskussion

Informationen unter:

www.fian.de/fian/index.php?option=com_events&task=view_detail&agid=211&year=2009&month=04&day=20&Itemid=226

24. bis 26. April 2009, Berlin, attac, BUND, Greenpeace, eed, Heinrich-Böll-Stiftung

McPlanet.com – Game Over. Neustart!

Konferenz

Informationen unter: www.mcplanet.com/

12. Mai 2009, Düsseldorf, VENRO und FH Düsseldorf

10 Jahre strategische Armutsbekämpfung

Fachtagung

Informationen unter www.2015.venro.org

Herausgeber:

VENRO

Projekt „Perspektive 2015 – Armutsbekämpfung braucht Beteiligung“

Chausseestr. 128/129

10115 Berlin

Tel.: 030/280 466-70 / -71

Fax: 030/280 466-72

E-Mail: berlin@venro.org

Internet: www.2015.venro.org

Redaktion: Claus Körting & Merle Bilinski (V.i.S.d.P.)

Mitarbeit: Anna Marquardt

Mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung